

Brüssel, 4. September 09 - Im Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments standen diese Woche wichtige Themen auf der Tagesordnung. Vier Minister der schwedischen Ratspräsidentschaft (Umweltminister Carlgren, Landwirtschaftsminister Erlandsson, Wohlfahrtsminister Hägglund und Gesundheitsministerin Larsson) stellten ihre Prioritäten in den Arbeitsbereichen des Ausschusses vor.

Der Abschluss der Klimaverhandlungen in Kopenhagen ist eines der dringendsten Themen auf der Agenda der EU. Die Abgeordneten drängten auf einen baldigen Vorschlag über den Finanzierungsmechanismus für Klimamaßnahmen. Die EU müsse die internationale Debatte vorantreiben und ambitionierte Klimaziele einfordern.

Landwirtschaftsminister Erlandsson wurde von den Abgeordneten aufgerufen, die Arbeiten zur Lebensmittelkennzeichnung voran zu bringen, damit die Verbraucher bald besser über die Inhaltstoffe informiert werden. Die Interessen der Bürgerinnen und Bürger standen auch im Vordergrund der Aussprache mit Gesundheitsministerin Larsson. Die Abgeordneten drängten insbesondere auf eine bessere Regelung zur Patienteninformation bei verschreibungspflichtigen Arzneimitteln und zu einer raschen Regelung bei der Frage grenzüberschreitender Gesundheitsdienstleistungen. Hier könne die EU einen großen Mehrwert für die Menschen leisten, wenn sie grenzübergreifend eine gute Gesundheitsversorgung sicherstellt. Die Abgeordneten machten deutlich, dass diese Chance nicht weiter verzögert werden dürfe.

Der Ausschuss hatte auch Industriekommissar Verheugen eingeladen, um mit ihm über das sogenannte "Pharmapaket" zu sprechen, das neben einer deutlichen Verbesserung der Patienteninformation auch Maßnahmen zur Sicherheit vor gefälschten Medikamenten beinhaltet. Die Abgeordneten unterstrichen, dass bei allen Maßnahmevorschlägen die Rechte der Patienten auf jeden Fall Priorität vor den Interessen der Industrie haben müssen.

Aus aktuellem Anlass stellte die Leiterin des Europäischen Zentrums für Krankheitskontrolle (ECDC), Frau Jakab die Planungen und Strategien bezüglich der Schweinegrippe vor. Der Fokus lag insbesondere auf der Frage, wann Impfstoffe für die Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden können und dass sichergestellt werden müsse, dass die Impfungen keinerlei Risiken bergen.

Die Berechnungen der Agentur zeigen, dass im schlimmsten Fall bis zu 30% der EU-Bevölkerung mit der Schweinegrippe infiziert werden könnte. Allerdings sei der bisherige Verlauf der Grippe relativ moderat. Die Agenturchefin riet klar von einer pro-aktiven Schulschließung ab und empfahl, dass Impfungen gegen die saisonale Grippe vor der Schweinegrippe-Impfung durchgeführt werden sollten.

Die aktuellen Planungen der WHO und der ECDC beinhalten, dass bis Ende Oktober der Impfstoff fertiggestellt ist, rechtzeitig für den erwarteten Höchstpunkt im Herbst/Winter. Alle Mitgliedstaaten sollen nationale Aktionspläne für den Umgang mit der Grippewelle erarbeiten.

Die Abgeordneten wiesen in der Debatte darauf hin, dass insbesondere ausreichende Hygienemaßnahmen an Schulen und anderen öffentlichen Orten getroffen werden müssen, z.B. in Anlehnung an die in einigen asiatischen Ländern üblichen anti-septischen Ausrüstungen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen zudem über präventive

Hygienemaßnahmen aufgeklärt werden. Dies hätte einen deutlichen Einfluss auf die Übertragungs- und Ansteckungsquoten.